



Haushaltsrede

zur Ratssitzung am 25.04.2012

Sprecher der Fraktion: Dieter Skirde

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gromöller,
Herr Gottheil, Herr de Carné,
meine Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Havixbeck.

Blicken wir kurz zurück auf die letzte Ratssitzung. Der Bürgermeister brachte den Haushaltsentwurf 2012 in den Gemeinderat ein und begann seine Rede mit einem Zitat von Henry Ford:

„Wenn wir uns einig sind, gibt es wenig, was wir nicht tun können. Wenn wir uns uneins sind, gibt es wenig, was wir tun könnten.“

Er war wohl von der Sorge getragen, ein ähnliches Desaster wie im Vorjahr zu erleben, als der Haushaltsentwurf erst im zweiten Anlauf die erforderliche Zustimmung fand. Ich möchte es gleich vorweg nehmen: Bündnis 90 / Die Grünen werden dem Haushaltsentwurf 2012 zustimmen. Mit Rückblick auf das letzte Jahr sprechen dafür im Wesentlichen 4 Gründe:

1. Die aktuelle Haushaltsslage wurde durch den neuen Kämmerer zeitnah, gut strukturiert und vor allem in Bezug auf die Basiszahlen verlässlich kommuniziert. Schon im Vorfeld des Haushaltsentwurfs war eine strategische Linie erkennbar, wie die drohende Haushaltssicherung verhindert werden kann.
2. Der Einstieg in die Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist erfolgt. Im AK Finanzen wurden mögliche Einsparpotentiale in den Blick genommen, die zuvor durch die Verwaltung aufbereitet und dokumentiert wurden. Jetzt ist die Politik gefordert, Prioritäten zu setzen.
3. Die deutlichen Steuererhöhungen in 2012 waren für den neuen Kämmerer bereits nach kurzer Einarbeitungsphase unausweichlich. Sein Vorgänger hingegen wies die Fraktion der Grünen noch zurecht, dass Steuererhöhungen in 2012 weder beabsichtigt noch erforderlich seien. Eine Behauptung, an der Herr Pott bis heute noch festhält, wie seine letzten Leserbriefe in der WN belegen.
4. Die von allen Fraktionen geforderte Informationsveranstaltung zur Lage der Gemeindefinanzen wurde bereits zweimal durchgeführt. Leider ist die Bürgerbeteiligung im Augenblick noch sehr gering.

Kommen wir nun zur aktuellen Haushaltsslage. Wie schon in den letzten beiden Jahren konnte die Verwaltung auch 2012 keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Wieder war der Rückgriff auf die allgemeine Rücklage erforderlich. Nur auf Grund der Steuererhöhungen bleibt die Eigenkapitalentnahme unter der 5 %-Marke, so dass die Haushaltssicherung zumindest bis 2014 abgewendet werden kann.

Ein weiteres Problem ist hinzu gekommen. War die Liquidität der Gemeinde 2010 noch gegeben, so musste Ende 2011 erstmalig ein Kassenkredit in Höhe von 100.000 € aufgenommen werden, um zahlungsfähig zu bleiben. Auch 2012 ist wieder ein Kassenkredit im unteren sechsstelligen Bereich von Nöten. Mit anderen Worten: Die Gemeinde ist nicht mehr in der Lage, ihre Schulden aus eigener Kraft zu tilgen.

Ursache für diese Entwicklung ist vor allem die mangelhafte Finanzausstattung aller Kommunen durch Bund und Land. Es wäre aber deutlich zu kurz gegriffen, wenn man jetzt ausschließlich den Gemeindefinanzausgleich ins Feld führen würde. Solange nämlich Bund und Land Gesetze beschließen und deren Umsetzung an die Kommunen delegieren, ohne dabei für eine ausreichende Finanzausstattung zu sor-

gen, wird sich kaum etwas ändern. Dann ist es auch egal, wer gerade auf der Regierungsbank Platz nimmt. Paradebeispiel hierfür ist die Wiedereingliederungshilfe von Menschen mit Behinderungen. Um den Anforderungen dieser Aufgabe langfristig gerecht zu werden, sind enorme Finanzmittel erforderlich, die von den Kommunen alleine nicht mehr aufgebracht werden können. Ähnliches gilt auch für die Umsetzung der EU-Gesetze zur Inklusion. Als logische Konsequenz erhöht sich wieder einmal die Landschaftsumlage und in der Folge auch die Kreisumlage. Die beschlossene Schuldenbremse für Bund und Land wird die Situation weiter verschärfen. Ein Kampf der Kommunen untereinander um die wenigen Fleischstücke (sprich: Schlüsselzuweisungen) ist aber der falsche Weg. Vielmehr ist eine gemeinsame Verfassungsklage von Städten und Gemeinden anzustreben, denn schließlich ist eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen im Grundgesetz verankert.

Vor diesem Hintergrund bekommt das Sparen in Havixbeck eine andere Bedeutung. Selbst wenn wir unsere Bäder, das Sandsteinmuseum und die Gemeindebibliothek schließen würden: der Gemeindehaushalt wäre strukturell nicht ausgeglichen. Also doch weiter wirtschaften wie bisher?

Sicher nicht, denn dieser Weg würde unweigerlich in die Haushaltssicherung führen und damit wären unsere Möglichkeiten, politische Richtungsentscheidungen vorzunehmen, noch weiter eingeschränkt. Ratsbeschlüsse über Vereinszuschüsse oder die Gewährung sonstiger freiwilliger Leistungen, gehörten dann wohl der Vergangenheit an. Politische Richtungsentscheidungen in Zeiten knapper Kassen erfordern deshalb klare Prioritäten. Für Bündnis 90 / Die Grünen hat das Handlungsfeld Schule höchste Priorität, denn „Grün macht Schule“, wie Sie es anlässlich der Landtagswahlen überall im Dorf lesen können.

Es sollte sich längst herumgesprochen haben, dass der Bildung eine entscheidende Rolle in der Sicherung unseres Lebensstandards zukommt. Aber bitte keine Bildung von Eliten, sondern der Start einer Bildungsoffensive, die möglichst vielen Kindern - egal aus welcher Schicht - ein möglichst breites Bildungsniveau garantiert. Ich möchte Ihnen, Herr Bürgermeister und den Damen und Herren aus der CDU-Fraktion deshalb ein weiteres Zitat von Henry Ford bringen:

„Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor. Sie beginnt im Klassenzimmer.“

Ich glaube, dieser Ausspruch hat selbst nach über 100 Jahren nichts an Aktualität verloren. Aber unsere Pädagogik hat sich natürlich weiter entwickelt. Schule ist nämlich längst keine Lernfabrik mehr, in der ausschließlich die Vermittlung von Wissen im Vordergrund steht. Schon gar nicht im Zeitalter von Ganztagschulen. Hier verbringen unsere Kinder rund 8 Stunden am Tag. Schule wird mehr und mehr zum Lebensraum, in dem sich Schüler und Lehrer wohlfühlen müssen. Das ist die Basis für effizientes Lernen. Der „Lebensraum Schule“ ist deshalb ein wesentlicher Akzent in der Qualitätsentwicklung einer Schule. Und zu diesem Lebensraum gehört selbstverständlich der Schulhof. Dies gilt auch mit Blick auf den Wettbewerb, in dem sich die gemeindlichen Schulen wegen des demographischen Wandels mehr und mehr begeben müssen. Der Schulhof prägt den ersten Eindruck der Eltern bei der Schulauswahl und der erste Eindruck ist bekanntlich immer sehr nachhaltig.

Ich zitiere aus dem Buch „Schulhofumgestaltung an Ganztagschulen“ von Knut Dietrich und anderen:

„Die Gestaltung des Schulhofes muss in die pädagogische Planung als Teil der Schulentwicklung einbezogen werden. Die Art wie Schüler ihren Lehrern auf dem Schulhof begegnen und wie sie sowohl miteinander als auch mit der räumlichen Ausstattung umgehen, bringt die soziale Atmosphäre zum Ausdruck und spiegelt das kulturelle Milieu einer Schule.“

Genau dieses Begegnen, dieses miteinander Umgehen, zusammen mit engagierten Eltern, manifestiert sich gerade in Havixbeck im laufenden und bereits mit einem Preis versehenen Schulhofprojekt. Es ist für uns Grüne schon ein wenig beschämend, dass gerade dieses Projekt keine ausreichende Unterstützung durch unseren Bürgermeister erfährt. Mehr noch, der Bürgermeister meint mit seinem Abstimmverhalten im Gemeinderat deutlich machen zu müssen, dass ein derartiges Projekt überflüssig, weil nicht finanzierbar ist. Denken Sie an Henry Ford, Herr Bürgermeister: ***„Wenn wir uns einig sind, gibt es wenig, was wir nicht tun können.“***

Doch nicht nur der Bürgermeister, sondern auch die CDU-Fraktion verniedlicht die pädagogische Bedeutung dieses Projekts. So reduzierte der Fraktionsvorsitzende Hense in seiner letzten Presseerklärung das Schulhofprojekt implizit auf Aquaspiele und Sonnensegel. Ist das etwa die von der CDU plakatierte „Politik aus der Sicht unserer Kinder“?

Aber bleiben wir bei der Finanzierbarkeit des Vorhabens. Schule und Eltern wollen erhebliche Eigenleistungen erbringen und weitere Fördertöpfe erschließen. Dies erfordert aber ein klares Signal des Schulträgers, dass er das Projekt unterstützt. Sonst fließen keine Fördermittel. Und dieses Signal ist mit 20.000 € durchaus überschaubar ausgefallen. Genau diese Summe, nicht investiv, sondern ergebniswirksam, erhält der Sportverein SW Havixbeck über 15 Jahre lang für seinen Kunstrasen. Und auch der DLRG darf sich in den nächsten beiden Jahren über eine Unterstützung in Höhe von 75.000 € freuen. Wir wollen hier nicht die Projekte gegeneinander ausspielen, wir wollen vielmehr deutlich machen, dass es sehr gute Gründe gibt, das Schulhofprojekt ebenfalls angemessen zu unterstützen, nicht nur in 2012, sondern auch in den Folgejahren. Und natürlich möchten wir auch darlegen, wo das Geld dafür herkommen kann oder hätte herkommen können.

Schauen wir zuerst auf den angedachten Gestaltungsbeirat für ortsbildprägende Bauten. Ein Anliegen, das wir grundsätzlich unterstützen. Die Bereitschaft, dieses Vorhaben mitzutragen schwand, als wir die Aufwandsentschädigungen für die Beiratsmitglieder zur Kenntnis genommen haben. Insgesamt 4000 €, bei zwei Sitzungsterminen im Jahr. Nur mal so zum Vergleich: die jährliche Abschreibungssumme für den Schulhofumbau wird nicht höher sein. Und ist unser Schulhof eigentlich nicht ortsbildprägend?

Eine Fachexpertin vom LWL hat sich bereit erklärt, dem Gestaltungsbeirat kostenlos beizutreten. Das ist doch prima. Lassen sich denn wirklich keine weiteren geeigneten Personen finden, die gewillt sind, unsere Gemeinde ohne ein höheres Sitzungsgeld zu beraten? Reicht diese Expertin am Ende nicht sogar aus? Und falls nicht? Sind die Beratungsergebnisse des Gremiums dann wirklich so überzeugend, dass sich ein Investor davon abhalten lässt, seine baulichen Vorstellungen durchzusetzen? Muss es ein Professor a.D. sein? Besteht hier nicht die Gefahr akademische Debatten zu finanzieren, die uns am Ende gar nicht weiter bringen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen half uns die Belehrung durch unseren Bürgermeister, die Vogelperspektive einzunehmen, um die wesentlichen Aspekte Havixbecks nicht nur auf den Schulhof und Sportplatz zu reduzieren, auch nicht viel weiter.

Und weil wir Grünen ja den Anspruch haben, lernfähig zu bleiben, stellen wir uns die Lage der Dinge jetzt einmal bildlich vor: Hier eine Gruppe engagierter Schüler, Eltern

und Lehrer, die gemeinsam und ehrenamtlich ein Projekt gestalten. Ein erstes Ergebnis können Sie dort vorne sehen: das Modell vom Schulhof, ein prägender Platz in Ortskernnähe, das Eingangstor zu unserer Schule. Konkret zum Anfassen, zum weiteren Ausgestalten. Auf der anderen Seite der Gestaltungsbeirat: Rundgänge, Sitzungen, Expertendiskussionen, ein Papier, noch ein Papier, natürlich darüber, wie zu gestalten ist. Vielleicht mit positiven Auswirkungen auf den Ort? Vielleicht aber auch nicht?

Erklären Sie uns das bitte aus der Vogelperspektive, Herr Bürgermeister oder vielleicht auch jemand aus der CDU-Fraktion und zwar so, dass es auch Schülerinnen und Schüler verstehen können?

Ein weiteres Ärgernis für Bündnis 90 / Die Grünen - nicht nur in diesem Zusammenhang - ist der geplante Kreisverkehr an der Altenberger Straße. Auch unter Berücksichtigung der erforderlichen Sicherheit für Kinder, Fußgänger und Radfahrer: es hätte Alternativen gegeben. Es sollte aber einmal mehr die große Lösung sein. Wir lassen uns aber keinen Sand in die Augen streuen, nur weil die Projektentwicklungsgesellschaft dieses Vorhaben finanziell unterstützt und selbst durchführt. Die logische Folge ist nämlich eine reduzierte Ausschüttung durch die Gesellschaft an die Gemeinde Havixbeck und diese fehlende Summe allein, hätte vermutlich die erforderlichen Aufwendungen für den Neubau des DLRG-Gebäudes gedeckt.

Während der Haushaltsberatungen wurde auch die notwendige Querungshilfe an der K1 bei Hohenholte diskutiert. Wir stellen die Sinnhaftigkeit dieser Forderung nicht in Frage, sind aber der festen Überzeugung, dass der Kreis die Aufwendungen zu tragen hat. Es kann doch nicht sein, dass die Gemeinde sich diese Kosten freiwillig aufbürdet, ohne den politischen Druck auf den Kreis deutlich verstärkt zu haben. Nur über die hohen Kreisumlagen zu klagen, spült keinen einzelnen Euro in die leeren Taschen des Kämmerers.

Meine Damen und Herren, die Hälfte der aktuellen Ratsperiode liegt jetzt hinter uns. Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen und noch zu bereits häufig diskutierten Sparmaßnahmen und politischen Themen Stellung beziehen, bevor ich dann abschließend noch auf den Stellenplan der Verwaltung eingehe.

- Bündnis 90 / Die Grünen sind bereit, den Vorschlag der SPD-Fraktion aufzugreifen und die Sitzungsfolgen im Gemeinderat schon ab dem nächsten Jahr von 6 auf 5 zu reduzieren. Erfahrungsgemäß laufen die Debatten bei voller Tagesordnung deutlich stringenter. Auch können wir uns vorstellen, in der nächsten Legislaturperiode die Zahl der Ausschüsse zu verringern.
- Wir werden nach einer angemessenen Eingewöhnungsphase, spätestens Anfang 2013, offiziell auf den Postversand der Sitzungsunterlagen verzichten. Für den elektronischen Kommunikationsweg wird jedes grüne Ratsmitglied mit geeigneter Hardware ausgestattet. Wir werden keine finanziellen Forderungen gegenüber der Gemeinde erheben.
- Die Pflege der Anlagen nach erfolgter Schulhofumgestaltung soll in die Hand von Klassen und Schülerarbeitsgemeinschaften gegeben werden. Das unterstützt den pädagogischen Nutzen des Schulhofprojektes.
- Die Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und Schulträger muss verbessert werden. Die bestehenden Unklarheiten über das erforderliche Budget für Lern- und Unterrichtsmittel sind auszuräumen.
- Die Sanierung des Lichthofs in der Gesamtschule soll natürlich so kostengünstig wie möglich durchgeführt werden. Wir werden aber ganz genau prüfen, ob die vom Bürgermeister vorgeschlagene, kleine Instandsetzungsvariante tatsächlich zum Erfolg geführt hat.
- Die Sanierung von Haus Wübken ist umgehend vorzunehmen. Die gern genutzte Ausrede unseres Bürgermeisters „Haushaltsablehnung 2011“ greift nicht mehr.
- Bei künftigen Baumaßnahmen, insbesondere im Straßenbau, sind die Ausstattungsstandards so weit wie möglich zu reduzieren. Wir stellen uns selbstkritisch der Frage, ob das nicht auch bei der Rathaussanierung möglich gewesen wäre.
- Vor einem eventuellen Ausbau des Sandsteinmuseums sind die Folgekosten für das Bespielen der erweiterten Museumsflächen zu kalkulieren. Bereits mit Einreichung des Regionale-Antrags wünschen wir eine verbindliche Stellungnahme der Verwaltung zu den Sach- und Personalaufwendungen.
- Die Verwaltung muss die energierelevanten Daten für die kommunalen Gebäude endlich nachhaltig pflegen. Ein effektives Controlling der Energiekosten führt dann

sicherlich zu relevanten Einsparungen.

- Der Zuschussbedarf durch die Gemeinde je Schüler der Musikschule ist zu ermitteln. Ähnliche Kennzahlen erwarten wir mittelfristig auch für die Vereine, um neue und sinnvolle Maßstäbe zur Verteilung der Zuschüssen festlegen zu können.
- Wirtschaftsförderung ist wichtig. Aber sie muss transparent und nach einheitlichen Maßstäben erfolgen. Unterschiedliche Verfahrensweisen stellen eine Diskriminierung der weniger geförderten Unternehmen dar. Insbesondere Insidergeschäfte sind zu unterlassen.
- In Bezug auf die Ortsentwicklung freuen wir uns über den Kompromiss, neue Baugebiete nur noch behutsam zu erschließen und dabei das Thema Vermarktung und Sanierung von alter Bausubstanz mit in den Fokus zu nehmen. Nicht nur vor diesem Hintergrund kommt dem Klimaschutz besondere Bedeutung zu. Die Tatsache, dass hierfür trotz angespannter Finanzlage 10.000 € in den Haushalt eingestellt wurden, stimmt uns zuversichtlich.
- Wir begrüßen die unaufgeregte Debatte zur Windenergie im Gemeinderat. Nun ist die beschlossene Potentialanalyse zeitnah durchzuführen. Unser erklärtes Ziel ist weiterhin die Erstellung von Bürgeranlagen. Die Gemeinde muss dabei als kompetenter Ansprechpartner, Vermittler und Ideengeber fungieren. Vorrangiges Ziel muss die Energieerzeugung bleiben. Die Haushaltssanierung darf hierbei nicht im Vordergrund stehen. So belassen wir die Wertschöpfung zum Vorteil aller in der Gemeinde.
- In Bezug auf die Rekommunalisierung der Energienetze wurden wesentliche Meilensteine erreicht. Mit einer Überprüfung der Zuschlagserteilung für den strategischen Partner durch die Vergabekammer musste wegen der finanziellen Dimension des Projektes gerechnet werden. Trotz kritischer Stimmen, auch in unserer Fraktion, sehen wir das Projekt als wichtigen Baustein im Rahmen der Energiewende an. Wir sind uns im Klaren, dass wir mit diesem Projekt keine Haushaltssanierung betreiben können. Auf der anderen Seite wird bei weitgehender Minimierung der Risiken, langfristig eine deutliche Erhöhung des gemeindlichen Eigenkapitals erzielt werden. Für das Gelingen des Projektes müssen aber auch die kritischen Stimmen aus allen Fraktionen ernst genommen werden.

Zum Stellenplan

Wir haben die geleisteten Mehrarbeitsstunden der Verwaltungskräfte mit einer gewissen Besorgnis registriert. Mehrarbeit kann kurzfristige Arbeitsspitzen erfolgreich abpuffern, darf aber nicht zur Regel werden. Wir bitten die Verwaltungsspitze daher um detaillierte Prüfung, ob im Rahmen einer allgemeinen Aufgabenkritik Verwaltungstätigkeiten eventuell entfallen, reduziert oder effizienter gestaltet werden können. In Hinblick auf den kommenden Stellenplan erwarten wir hierzu klare Aussagen.

Die vollzogenen Höhergruppierungen der Angestellten begrüßen wir ausdrücklich.

In Bezug auf die gewünschte halbe IT-Stelle haben wir jedoch Zweifel, dass die angedachte Vergütungsgruppe EG 9 ausreicht, um diese Stelle erfolgreich und nutzbringend zu besetzen. Wegen der Bedeutung von IT für die laufende Verwaltungsarbeit, wegen der Absicht, ein DMS mit Scanstelle einzuführen sowie auf Grund der Verpflichtung, eine ausreichende IT-Vertretung in Krankheitsfällen zu gewährleisten, raten Bündnis 90 / Die Grünen zu einer Stellenausschreibung nach EG 9 / EG 10. Wir erwarten zum Jahresabschluss einen Nachweis, dass die Aufwendungen für die externen IT-Dienstleistungen an unseren Schulen tatsächlich eingespart wurden.

Ich fasse noch einmal zusammen: Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf inklusive Änderungsliste und Stellenplan zu. Wir wollen damit die Handlungsfähigkeit der Gemeinde sicherstellen. Allerdings erfolgt diese Zustimmung - wie gehört - nicht ohne Vorbehalte.

Abschließend möchte ich mich noch im Namen meiner Fraktion, bei Herrn Bürgermeister Gromöller sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für die erfolgreich geleistete Arbeit im vergangenen Jahr bedanken. Sie haben Rückfragen der Fraktion stets freundlich und kompetent beantwortet. Einen besonderen Dank möchte ich an unseren neuen Kämmerer Herrn Gottheil richten. Sie haben sich hervorragend etabliert und uns ausgezeichnet durch die Haushaltsberatungen geführt.

Und an alle Zuhörerinnen und Zuhörer: vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.